

# Unser Mann für den Bundestag

Direktkandidat Pascal Meiser sagt, was sich ändern muss



## Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg blühen auf, Touristen aus aller Welt kommen in unseren Bezirk. Wer braucht da noch DIE LINKE?

Ich wohne direkt am Kottbusser Tor. Da brauche ich nur aus der Haustür zu gehen, um die Probleme zu sehen: Armut, explodierende Mieten und Angst vor Verdrängung. Und wer in unserem Bezirk eine neue Wohnung braucht, muss dafür inzwischen im Durchschnitt schon mehr als 11 Euro kalt pro Quadratmeter hinblättern.

### Lebst du nicht gerne hier?

Doch, ich liebe meinen Bezirk! Ich komme ja eigentlich aus dem Saarland, aber ich wohne schon fast 20 Jahre hier. Und ich hänge sehr an dem Leben und den Menschen, nicht zuletzt an meinem Verein, der FSV Hansa 07. Das ist übrigens der älteste Fußballverein hier in Kreuzberg. Aber bald können sich viele von uns ihren eigenen Kiez nicht mehr leisten. Jeder achte Rentner lebt in Friedrichshain und Kreuzberg von Grundsicherung im Alter, also Sozialhilfe. Bei den Kindern sind es sogar 40 Prozent, die auf staatliche Leistungen angewiesen.

Was kann die Politik da ändern? Versprochen wird viel, gerade

## der Wohnungsmarkt ist in privater Hand ...

DIE LINKE zeigt in Berlin, dass es anders geht. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften werden vom neuen Senat unter Führung unserer Senatorin Katrin Lompscher gerade auf neuen Kurs getrimmt. Das Neue Kreuzberger Zentrum mit seinen rund 300 Wohnungen konnte im letzten Moment vor dem Zugriff von Immobilienspekulanten gerettet werden. Klar ist aber auch: Um den Mietenanstieg wirklich aufhalten zu können, brauchen wir dringend Gesetzesänderungen auf Bundesebene.

### Was soll denn geändert werden?

Wir brauchen zunächst eine Mietpreisbremse, die den Namen verdient. Die privaten Profitinteressen müssen im Zaum gehalten werden. Und wir brauchen einen Neustart des sozialen Wohnungsbaus mit Bundesmitteln. Auch deshalb kandidiere ich direkt für den Bundestag. Wir sollten die Bundestagswahl bei uns in Friedrichshain-Kreuzberg zu einer kleinen Volksabstimmung über die komplett gescheiterte Mietpolitik der Großen Koalition machen.

Die öffentlichen Kassen sind leer. Woher soll das Geld für den sozialen Wohnungsbau und andere Wohltaten kommen?

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Geld ist genug da, es ist nur falsch verteilt. Wir wollen die Vermögenssteuer wieder einführen und die Millionäre an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligen. Statt weiterer Entlastungen für die Reichen wollen wir den Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde erhöhen. Außerdem brauchen wir Investitionen in die Schulen und die Krankenhäuser.

## Hat DIE LINKE eine Antwort auf den Vormarsch der AfD?

Mein Wahlkreis ist bunt und welt-offen. Wir sind genau das, was die Rechten zum Feindbild erklärt haben. Wir müssen gegenhalten, das wird eine harte Auseinandersetzung. Als Gewerkschafter weiß ich: Gegen die Hetze hilft nur Solidarität von unten. Die Rechten wollen spalten, sie spielen die Armen gegen die Ärmsten aus. Wenn wir sie aufhalten wollen, müssen wir Lösungen für die sozialen Sorgen der Menschen anbieten.

### Wenn du gewählt wirst: Woher wissen wir, dass du dich nicht anpasst, wie so viele andere?

Für DIE LINKE gilt: Sozial auch nach der Wahl. Ich weiß, wo ich her komme. Die Mieter-Initiativen können sich genauso auf mich verlassen, wie die Menschen im Friedrichshain, die gegen die Nachverdichtungspläne der WBM kämpfen oder die Stadtautobahn A 100. Die kennen mich ja von vielen Aktionen persönlich und werden meine Telefonnummer gut aufbewahren – falls ich doch mal eine Erinnerung brauche.

## Pascal: Direkt im Bezirk

Pascal Meiser kandidiert für DIE LINKE bei der Bundestagswahl im September direkt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost. Außerdem steht er auf Platz 4 der Landesliste der Berliner LINKEN. Der 42-Jährige lebt seit Ende der 1990er Jahre in Kreuzberg 36. Politisch aktiv ist der studierte Politologe seit seiner Zeit an der Freien Universität Berlin. Dort war er Studierendenvertreter. Später hat er hauptamtlich für die Gewerkschaft IG Metall gearbeitet. Heute leitet er die zentrale Kampagnen-Abteilung der Partei DIE LINKE. Er ist unter anderem für die Kampagne gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA verantwortlich. Seit 2013 ist Pascal Meiser Bezirksvorsitzender der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg. Die dringendsten politischen Themen für ihn sind: Der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, gegen Armut und die explodierenden Mieten. Er sagt: Ich will gemeinsam mit den vielen engagierten Menschen im Bezirk Druck machen, damit wir uns das Leben hier in Zukunft noch leisten können!

**Wahlkreis 83**  
Friedrichshain  
Kreuzberg  
Prenzlauer Berg Ost



# Kampftag mit Tradition

## Vom Berliner Blutmai zum Mariannenplatz-Fest: Die Geschichte des 1. Mai

Auch in diesem Jahr feiert die LINKE Friedrichshain-Kreuzberg zusammen mit tausenden Besuchern, linken Gruppen, Bands und Initiativen den ersten Mai auf dem Mariannenplatz – ein Termin mit Geschichte. Angefangen hat alles im Jahr 1889. Auf Betreiben von u. a. Friedrich Engels hatten sich die internationalen Arbeiterparteien, die SPD war noch revolutionär orientiert, zum Jahrestag der Pariser Kommune im Juli in Paris versammelt und die zweite Arbeiterinternationale gegründet. Drei Jahre zuvor war es am ersten Mai in Chicago bei Streiks zu einem Bombenattentat mit folgenden Polizeiattacken und vielen Toten gekommen. Die unschuldigen Organisatoren der Proteste, unter Ihnen viele deutsche Migranten, wurden zum Tode oder schweren Strafen verurteilt. Seitdem entwickelte sich der 1. Mai zu einer international gelebten Tradition. Mal offizieller Feiertag, mal missbraucht, mal verboten.

In besonderer Erinnerung bleibt den Berlinern der Blutmai 1929. Nachdem der SPD-Polizeipräsident Zörgiebel alle Kundgebungen im Freien verboten hatte und dieses Verbot mit aller Polizeimacht und 11.000 Patronen durchsetzte, kam es zu schweren Auseinandersetzungen und Straßenschlachten, bei denen 33 Zivilisten getötet und 200 verletzt wurden. Schon in der Weimarer Republik zeigte sich, was die Kreuzberger später ebenfalls lernen mussten: Eine hemmungslose, anlassunabhängige law-and-order-Politik der Polizeiführung löst keine vorhandenen Konflikte, sie schafft aber neue.

Überspringen wir siebzig Jahre mit dem NS-Feiertag und skurrilen Ausformungen im Kalten Krieg und landen im Kreuzberg der 80er Jahre. Die Schlachten der 68er und der Hausbesetzungen hatte sich etwas abgekühlt, doch lebten Ihre Traditio-



eine CDU geführte Regierung die mit law-and-order Innensensoren eine harte Hand zeigte. Gerade in Kreuzberg war die soziale Lage aufgeheizt. Nach dem harten und langen Winter waren bei vielen die Kohle im wahren Sinne des Wortes alle. Auch Miet-

überforderte Polizei, die auf das Umwerfen eines leer herumstehenden Polizeiautos und spontane Proteste mit einer Räumung und Tränengasbeschuss des eigentlich unbeteiligten Stadtteilfestes reagierte. Was folgte war ein spontaner, breiter Aufruhr, die Vertreibung der Polizei, die spontane Gegenwehr eines ganzen Stadtteils,

die Plünderung von Läden. »Selbst Rentner aus den Seniorenkreisen der Kirche trugen Lebensmittel nach Hause« wusste die Presse zu berichten. Aus ungeschickten, polizeilichen Handlungen und Fehleinschätzungen, wechselnden Strategien, schaukelte sich in den nächsten Jahren eine Dauerrandale zum ersten Mai hoch.

Um der Zerstörung des Stadtteils etwas entgegen zu setzen, entschieden sich die PDS und die Grünen in der Nachfolge von AL und SEW nach zehn Jahren die Tradition wieder aufleben zu lassen und besetzten den Ort, wo sonst die Randale stattfand, mit einem politischen Stadtteilfest. Seitdem findet dieses

## 1992

### Verbotenes Betreten der Rasenflächen



fragen standen im Zentrum der Auseinandersetzungen, der CDU-Senat plante die Aufhebung der Mietpreisbindung zugunsten von Marktregelungen. Der Druck auf die Hausprojekte war gestiegen. Am Morgen des 1. Mai 1987, um 4:45 Uhr, durchsuchte die Polizei mit einem Großaufgebot das Büro der Volkszählungsgegner im Mehringhof – eine Provokation die ankam. Nach weiteren morgendlichen Scharmützeln am Rande der DGB-Demo war die Szene gereizt und traf sich, wie üblich auf dem Lause-Fest. Dort traf sie auf eine unterbesetzte,

jährlich auf dem Mariannenplatz (wo bereits seit 1972 durch das Georg-von-Rauch-Haus politisch organisiert und gefeiert wurde) mit verschiedenen linken Initiativen, Gruppen und Projekten statt. Seit fünf Jahren trägt DIE LINKE die Organisation alleine. Es gibt Musik, Essen, Kinderfest und Wiedersehen. Das Mariannenplatzfest belebt die politische Tradition des Tages positiv, denkt weiter radikal und besetzt den Platz, um der Kiez-Zerstörung eine Alternative zu bieten.

Marcus Otto

## 2015

### DIE LINKE feiert auf dem Mariannenplatz

nen fort. Neben der Gewerkschaftsdemonstration, der sich oft auch die radikale Linke angeschlossen hatte, hatten sich auch verschiedene Straßenfeste etabliert. Zum 1. Mai gehörte neben dem Demonstrieren meist auch das Feiern eines Maifestes dazu. In Kreuzberg fand schon ab ca. 1983 ein Fest der AL und der SEW auf dem Lausitzer Platz statt. 1987 entstand hier ein neuer Mai-Mythos, mit inzwischen 30-jähriger Tradition. Generell hatte sich die Stimmung in der Stadt politisch wieder etwas aufgeladen. Berlin hatte seit 1985

**... und die Stadt gehört Euch!**

## Lasst 1000 Blumen blühen!

Wir haben im Wahlkampf versprochen: »Die Stadt gehört euch«. Zu dieser Wiedergewinnung der Stadt gehört auch die Aneignung und Prägung der städtischen Freiflächen als Almende. Zusammen mit Kreuzberger Imkern und der nahegelegenen Lemgo-Grundschule hat unser AK Rote Beete für sozial-ökologischen Umbau an der Kottbusser Brücke begonnen, ein bisher als Rasen kaum genutztes, über 350 m<sup>2</sup> großes Stück Erde in eine Bienen- und Schmetterlingsweide umzuwandeln. In zwei Aktionen mit 30–40 NachbarInnen und SchülerInnen wurde umgegraben sowie gesät und gepflanzt.



» Wir sehen jetzt, was wächst ...

# Armut: Problemregion Berlin

Vor allem Kinder und alte Menschen sind betroffen

Nach dem aktuellen Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und weiterer Verbände ist die Armut in Deutschland auf einen neuen Höchststand von 15,7 Prozent gestiegen. Berlin ist neben dem Ruhrgebiet die armutspolitische Problemregion Deutschlands. Mehr als jede und jeder Fünfte ist hier von Armut betroffen.

Wenn wir im viertreichsten Land der Erde von Armut reden, reden wir selten von absoluter, sondern in der Regel von relativer Armut. Verhungern muss sicher kein Mensch in Deutschland, immer mehr Menschen jedoch verfügen über zu wenig Geld, um am ganz normalen gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Und dies hat auch physische Konsequenzen: Männer, die an oder unter der Armutsgrenze leben, sterben im Schnitt 10,8 Jahre früher als wohlhabende

Männer. Bei Frauen beträgt die Differenz rund acht Jahre. Der Bericht arbeitet mit amtlichen Statistiken und einer EU-weit anerkannten Definition: Wer im Monat weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens der Bevölkerung zur Verfügung hat, gilt als arm. Konkret lag die Armutsgrenze im Jahr 2015 (aktuellere Daten existieren nicht) für einen Single bei 942 Euro, für eine Alleinerziehende mit einem Kind bei 1.225 Euro und für ein Paar mit zwei kleinen Kindern bei 1.978 Euro. 15,7 Prozent, rund 12,9 Millionen Menschen, fielen unter diese Armutsgrenze.

In Berlin ist vor allem die Kinderarmut alarmierend und liegt deutlich höher als im Bundesschnitt: Fast 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen leben in Armut, beinahe jedes dritte Kind wohnt in einem Haushalt, der auf

Hartz IV angewiesen ist. 36,5 Prozent der Alleinerziehenden ist von Armut betroffen, die Armutsquote Erwerbsloser liegt bei 67 Prozent. Stark gestiegen im Zehn-Jahres-Vergleich ist zudem die Armut trotz Arbeit, die für mehr als jede und jeden Zehnte/n in Berlin traurige Realität ist: Die Armutsquote Erwerbstätiger und Selbständiger liegt bei je etwas über 11 Prozent.

Auch und gerade im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wohnt die Armut. 28.800 Haushalte haben hier ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 900 Euro. Gleichzeitig steigen hier die Mieten, für die im Schnitt ein Drittel des Haushaltsbudgets ausgegeben wird, in den letzten Jahren innerhalb Berlins am stärksten.

Auf Landesebene kann und muss mehr Teilhabe, insbesondere für

Kinder und Jugendliche, organisiert werden. Auch was die Übernahme der Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Beziehende angeht, hat die Landesregierung Spielraum, den sie nutzen will und muss. Um Armut jedoch wirksam zu bekämpfen, ist vor allem ein umfassender sozial- und steuerpolitischer Kurswechsel auf Bundesebene notwendig. Zuletzt hat selbst die Europäische Kommission der Bundesregierung schwere Versäumnisse bei der Bekämpfung der sozialen Not in Deutschland vorgeworfen. Im aktuellen Länderbericht schreibt sie, dass »die deutsche Politik im hohem Maße zur Vergrößerung der Armut beigetragen« habe. Gwendolyn Stilling

#### Mehr Informationen:

<http://www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/armutsbericht/>

## Rot-Rot-Grün sichert bezahlbaren Wohnraum

Wohnungsbaugesellschaften müssen Mieten deckeln – und Bürger früher beteiligen

Senatorin Katrin Lompscher (DIE LINKE) hat mit den sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, um der Verdrängung von Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen entgegenzuwirken. Ein zentraler Aspekt der Vereinbarung ist die Begrenzung von Mieterhöhungen auf maximal zwei Prozent jährlich. Zudem werden Mieterinnen und Mieter durch Härtefallregelungen bei Mieterhöhungen vor finanzieller Überforderung geschützt. Nun ist es möglich, einen Antrag auf Absenkung der Miete zu stellen, wenn diese 30 Prozent des Nettohaushaltseinkommens übersteigt. Das hat auch positive Auswirkungen auf den Berliner Mietspiegel.

Die Kooperationsvereinbarung wirkt sich auf das Wohnraumangebot und die Wohnraumversorgung im gesamten Stadtgebiet aus. Dadurch werden die Möglichkeiten von Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen erhöht, trotz steigender Mieten in den Innenstadtbezirken wohnen zu bleiben oder hier Wohnraum zu finden.

Jetzt geht es für uns darum, darauf zu achten, dass die Wohnungsbaugesellschaften die Vereinbarung wirklich einhalten. Teilweise suchen sie noch nach Schlupflöchern, um die strengen Mietgrenzen zu umgehen.

Der Wohnungsneubau der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften wird zukünftig in einer stärkeren Form unterschiedlichen Einkommensgruppen zusätzliches Wohnraumangebot zur Verfügung stellen. Daher ist auch maßvolle bauliche Nachverdichtung wichtig und sinnvoll. Damit das aber unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger geschieht, hat der Senat Eckpunkte für Bürgerbeteiligung bei Neubauprojekten beschlossen. Auf dieser Grundlage soll eine Handreichung entwickelt werden, die Prinzipien und Möglichkeiten für die Beteiligung der Stadtgesellschaft aufzeigt. Das betrifft auch viele

Menschen in meinem Wahlkreis in Friedrichshain-West. Hier habe ich gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich dafür gekämpft, dass ihre Höfe und Grünflächen nicht einfach von der Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM) zugebaut werden. Senatorin Lompscher hat die überdimensionierten Nachverdichtungspläne der WBM zunächst gestoppt. Das bedeutet aber nicht, dass gar nicht gebaut wird. Allerdings müssen – wie ich im Wahlkampf versprochen habe – Bauvorhaben künftig stadt- und anwohnerverträglich sowie verbunden mit einer

ordentlichen Bürgerbeteiligung erfolgen. In die Kooperationsvereinbarung, die der Senat und die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften geschlossen haben, sind drei Prinzipien – frühzeitige Information, Bauvarianten aufzeigen und Mehrwert des Projektes für die Nachbarschaft darstellen – bereits eingeflossen. Die Zeit der Basta-Politik beim Wohnungsbau ist vorbei!

Steffen Zillich, MdA



## Termine

**Der Rote Laden**

Weidenweg 17, 10249 Berlin  
Telefon: 030/426 26 87  
Fax: 030/426 13 38

Soweit nicht anders angegeben, finden die Veranstaltungen im Roten Laden statt.

**Bürozeiten:**

Montag: 13–18 Uhr, Dienstag & Donnerstag:  
10–18 Uhr, Freitag: 9–13 Uhr

**Veranstaltungen im Mai****Mitgliederversammlungen  
OV Kreuzberg**

Donnerstag, 4.5. und 1.6. jeweils 19 Uhr  
Familiengarten, Oranienstraße 34, HH

**Kaffeetrinken bei den LINKEN**

Dienstag, 9.5., 15 Uhr, Roter Laden,  
Buchlesung mit Cornelia Norden

**Stammtische des OV Kreuzberg**

Montag, 15.5. und 19.6., jeweils ab 19 Uhr  
Südblock, Admiralstraße 1  
Gäste herzlich willkommen

**Treffen des AK Rote Beete**

für sozial-ökologischen Umbau  
Mittwoch, 17.5. und 21.6.  
jeweils 18:30 Uhr  
im Bürgerbüro H. Wawzyniak

**Fest der LINKEN**

Samstag, 17.6., Ort und Zeit werden  
noch bekannt gegeben

**Wahlkreisbüro Halina Wawzyniak, MdB**

Mehringplatz 8, 10969 Berlin  
Telefon: 030/25928121

**Öffnungszeiten:**

Montag: 12–17 Uhr  
Dienstag: 10–15 Uhr  
Mittwoch: 10–15 Uhr,  
Donnerstag: 12–18 Uhr  
Freitag: 10–13 Uhr

**Mieten- und Rechtsberatung:**

jeden 2. und 4. Do im Monat 16–18 Uhr  
**Sozialberatung:** jeden Do 14–16 Uhr  
Um Voranmeldung wird gebeten.

**Bürgerbüro Steffen Zillich, MdB**

Weidenweg 17, 10249 Berlin  
Telefon 030/42 80 14 76  
E-Mail: buero@zillich.berlin

**Miet- & Sozialrechtsberatung**

Donnerstag, 11.5. und 8.6.  
jeweils 16:30–18:30 Uhr  
um Voranmeldung wird gebeten

**Bürgerbüro Gaby Gottwald, MdB**

Mehringplatz 8, 10969 Berlin  
Telefon: 030/25928121

**Öffnungszeiten:**

Montag bis Mittwoch: 10–15 Uhr  
Donnerstag: 12–18 Uhr  
Freitag: 10–15 Uhr

# DIE LINKE.

Friedrichshain-Kreuzberg

**Impressum:**

Redaktionsschluss: 24. April 2017  
Herausgeberin: DIE LINKE Friedrichs-  
hain-Kreuzberg, Tel: 030/426 26 87

[www.dielinke-fk.de](http://www.dielinke-fk.de)

[www.facebook.com/DIELINKE.FK](http://www.facebook.com/DIELINKE.FK)

**DIELINKE.FK**

info@dielinke-fk.de, Redaktion: Regine  
Sommer-Wetter, Chris Tsalampas,  
Damiano Valgolio (V.i.S.d.P.)

# NKZ in öffentlicher Hand!

## Widerstand gegen steigende Mieten im Bezirk hat Erfolg – doch die Steigerung bei den Wohnungsbaugesellschaften ist noch zu hoch

Proteste lohnen sich: In der letzten Klarlinks wurde unter anderem über die Modernisierungen in der Otto-Suhr-Siedlung, die Mieterhöhungen der DEGEWO rund um den Mariannenplatz und den Kampf gegen die Kündigung der Bäckerei Filou berichtet. In diesen Fällen gibt es jetzt teilweise erfreuliche Neuigkeiten – vor allem dank der Proteste der Initiativen.

So konnte für die Otto-Suhr-Siedlung nach der Protestkundgebung vorm Rathaus Kreuzberg und der Unterstützung der BVV ein erster Teilerfolg erreicht werden: Da die Bauabschnitte zwei und drei unter Milieuschutz stehen, konnten Teile der angekündigten Baumaßnahmen vom Bezirksamt verwehrt werden, wodurch die Mieterhöhung sich ungefähr halbieren soll. Leider gilt das nicht für den ersten Bauabschnitt, der genehmigt wurde, bevor der Milieuschutz eingerichtet war. Aber in allen Fällen versucht die Mieter\*innen-Initiative weiter, die konkreten Kosten für die Ausführung der Bauarbeiten zu überprüfen, da zum Beispiel viel zu teure Fenster verbaut werden sollen.

Auch bei den Mieterhöhungen, die die städtische Wohnungsbaugesellschaft DEGEWO rund um die Naunynstraße, Waldemarstraße und Mariannenstraße vorgenommen hat, gibt es gute Nachrichten: Die Mieterhöhungen um bis zu 15 Prozent auf einen Schlag werden nach der neuen Grundsatzvereinbarung des Senats mit den Wohnungsbaugesellschaften zurückgenommen. Doch das ist nur ein Teilerfolg: Ein Problem ist, dass die Rücknahme nur auf Antrag erfolgt. Dieser muss bis zum 19.05.2017 gestellt werden. Wir halten dieses Verfahren für falsch, weil viele Menschen, insbesondere solche, die nicht gut deutsch sprechen, die Frist verpassen könnten. Außerdem bleibt eine Erhöhung um bis zu 8 Prozent, bzw. bis zu 30 Euro monatlich, möglich. Denn die vergangenen 3 Jahre, in denen es keine Erhöhung gab, werden mit eingerechnet. Wir fordern: Es darf in diesem Jahr – genau wie in den kommenden Jahren – maximal eine Erhöhung um 2 Prozent geben. DIE LINKE wird auch nach den ersten Teilerfolgen mit den betroffenen Menschen weiter Druck auf die Wohnungsbaugesellschaften machen.

Aber neben den Mieter\*innen in Wohnungen sind auch immer mehr Gewerbetreibende von Kündigungen und enormen Mietsteigerungen bedroht.

Das trifft natürlich nicht die finanzkräftigen Großunternehmen, sondern seit Jahren etablierte kleine Geschäfte, die einen Teil der Nachbarschaft in ihrem Kiez ausmachen. In der letzten Ausgabe wurde von dem öffentlichen Streit zwischen der familienbetriebenen Bäckerei Filou in der Reichenbergerstraße 68 und deren Vermieter berichtet. Wohl auch aufgrund der Proteste hat das Filou jetzt die Zusage für einen neuen Mietvertrag.

Auch von einer weiteren Großbaustelle für die Mietenpolitik in Friedrichshain-Kreuzberg gibt es gute Nachrichten: Das Neue Kreuzberger Zentrum (NKZ), das nördliche Hochhaus am Kottbusser Tor, wird nicht an eine Immobilien-Investor fallen. Die öffentliche Wohnungsbaugesellschaft Gewobag wird Eigentümerin. In dem Gebäudekomplex befinden sich knapp 300 Wohnungen und 90 Geschäfte. Der private Investor hatte bei

dem Bieterverfahren zwar das höchste Angebot abgegeben, ließ aber die Frist für die Unterzeichnung des notariellen Vertrages verstreichen. Das ist gut für die Mieterinnen und Mieter, die sofort nach der Versteigerung mit ihren Protesten gegen den Investor begonnen haben. Nun kommt das NKZ in öffentliche Hand. Der Komplex ist ein Beispiel für die falsche Wohnungspolitik der letzten Jahrzehnte. Außerdem ist es ärgerlich, dass die bisherigen Eigentümer für ein Objekt, in das bereits so viel öffentliches Geld geflossen ist, weitere Millionen bekommen. Doch es bleibt ein politischer Erfolg, dass die Mittel bereitgestellt werden konnten und das NKZ nun unter öffentlicher Kontrolle ist. Die Auseinandersetzungen mit der DEGEWO am Mariannenplatz zeigen aber, dass auch die Mieter am Kotti weiter wachsam bleiben müssen.

René Jokisch

Europäische LINKE

**DIE LINKE.**

### Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname \*

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programmes der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

#### Weitere Angaben zu meiner Person

Straße\*  Hausnummer\*  Geburtsdatum\*

PLZ\*  Ort\*  Telefonnummer

Bundesland\*  E-Mail-Adresse

Soziale Netzwerke (Facebook, Twitter, Google+ etc.)

Beruf  Tätig als

Ich war früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes. Wenn ja, in welcher? \*

Politische Interessen (Themenfelder)

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und der innerparteilichen Kommunikation erhoben, verarbeitet und genutzt.

#### Einwilligung in die parteiinterne Bekanntmachung

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass mein Eintritt nach §2 (2) der Bundessatzung parteiöffentlich bekannt gegeben wird. Parteiöffentlich bekannt gemacht bedeutet, dass Neumitglieder zum Beispiel auf einer Mitgliederversammlung oder in einer internen Publikation des Kreisverbandes namentlich erwähnt werden.

Ort, Datum  Unterschrift

\* Pflichtfelder